

Medienspiegel Woche 44_18



Inhalt & Veranstaltungshinweise

Bündner Tagblatt, 24.10.18

[Was Graubünden von Schwedens Schulen lernen kann](#) 1

JOURNAL21, 3. November 2018

[Bildung braucht ‚scholé‘](#) 2

Schule Schweiz, 28. Oktober 2018

[Bürokratie statt Wissen](#) 5

Bündner Tagblatt, 29.10.18

[Höchste Zeit für eine Denkpause](#) 6

Bündner Tagblatt, 30.10.18

[Klassenzimmer hat noch lange nicht ausgedient](#) 7

Schule Schweiz, 31. Oktober 2018

[Lehrplan 21 – erste Kantone buchstabieren zurück](#) 8

Schule Schweiz, 1. November 2018

[EDK ist und bleibt ein Unding!](#) 8

Telebasel sda, 29.10.2018

[Die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz wird per Ende 2018 aufgelöst.](#) 9

Schule Schweiz, 29. Oktober 2018

[Recht auf Methodenfreiheit kann nicht mehr wahrgenommen werden](#) 10

Sekretariat Bildungsrat Liestal, 29. Oktober 2018

[Medienmitteilung: Bildungsrat empfiehlt Lehrmittelfreiheit](#) 11

Der Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland LVB, 29. Oktober 2018

[Zur Positionierung des LVB in der Fremdsprachen- und Lehrmitteldebatte](#) 11

Starke Schule beider Basel, 29.10.2018

[Starke Schule befürwortet "echte" Lehrmittelfreiheit](#) 12

NZZ, 29.12.2018

[In Nidwalden ist der «schbas» vorbei](#) 13

Tagblatt, 30.10.2018

[Schreiben nach Gehör: Rechtschreibstreit erreicht Bern](#) 15

Tagblatt, 30.10.2018

[Rechtschreibstreit: Frühe Fehler, späte Einsicht](#) 16

NZZ, 30.10.2018

[Kinder haben ein Recht auf korrekte Schulung](#) 16

Tages-Anzeiger, 30.10.2018

[Eine Insel für Verhaltensauffällige](#) 18

Tages-Anzeiger 31.12.2018

[Den wahren Preis akzeptieren](#) 20

az, 31.10.2018

[Menschen statt Computer – die verblüffende Trendwende an Schulen im Silicon Valley](#) 21

Welt, 25.10.2018, Literatur, Star-Psychiater

[Schüler werden besser, wenn man Smartphones verbietet](#) 22

Video vom Vortrag von Prof. Dr. Gertraud Teuchert-Noodt, 27.10.2018

[Digitalisierung und Kindergehirn, Erkenntnisse der Neurobiologie](#) 22

DER SPIEGEL, 3. 11. 2018

[Dieser Mist verdirbt uns alle!](#) 22

EDU Standpunkt 1.11.2018

[Mehr Nonkonformität nützt uns allen](#) 23

Der Bund, 28.10.2018

[Kinderarbeit wäre die Lösung](#) 24

Basler Zeitung 24.10.2018

[Die Kinder werden zu überangepassten Wesen](#) 25

Tagesanzeiger 25.10.2018

[Kaum im Kindergarten, schon in Therapie](#) 25

Schule Schweiz, 1. November 2018

[Eifrige Stiftung](#) 25

Veranstaltungshinweise



IT-Bildungsoffensive **Wozu die 75 Millionen Steuergelder?**

Eine kritische Stellungnahme
zur Abstimmung vom Februar 2019

Daniel Jenny

Dipl.-Ing., Berufsfachschullehrer beim Lehrberuf Informatiker

Vortrag und Diskussion

- Welche Teile davon könnten brauchbar umgesetzt werden und was wird bestimmt nicht zielführend sein?
- Welche Anforderungen werden an den Lehrberuf Informatiker gestellt?
- Welche Gymnasiasten wählen ein Studium im MINT-Bereich? (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften oder Technik)

Lehrer, Eltern und interessierte Bürger sind herzlich eingeladen!

Freitag, 16. Nov. 2018, 19.00 Uhr

Klubschule Migros St. Gallen im Bahnhofsgebäude
Bahnhofplatz 2, 9001 St. Gallen

Zur Abstimmung in St.Gallen

[Einladung](#)

Raus aus der Sackgasse

Keine weiteren Experimente auf Kosten der Kinder und was ein Ja wirklich bewirkt.

Kurzreferate von Elisabeth Calcagnini und Marlies Klesse, Erstunterzeichnerinnen.
Anschliessend Diskussion.

Titthof Chur,
6. November
19.30 Uhr



Zur Doppelinitiative für
mehr Mitsprache im
Bildungswesen am 25. Nov.

Zur Abstimmung in Graubünden

[Einladung](#)

Wir freuen uns über jede Spende.

Spendenkonto

Komitee Gute Schule Graubünden
c/o M. Klesse, Wingertweg 3, 7215 Fanas
PC: 61-759943-2
IBAN CH38 0900 0000 6175 9943 2



«Schule & Pädiatrie»

Was ist Bildung? Von welcher Lebensschulung profitieren unsere Kinder?

Prof. Dr. Konrad Paul Liessmann (Universität Wien)
21. November 2018

Ort: Fachhochschule St. Gallen (beim Bahnhof)

Zeit: 18.30 bis 20.30 Uhr; Eintritt gratis, keine Anmeldung erforderlich

www.v-o-k.ch | www.kispisg.ch

Mehr unter: <http://starkevolksschulesg.ch/veranstaltungen/>

Bündner Tagblatt, 24.10.18

Was Graubünden von Schwedens Schulen lernen kann



Im Zusammenhang mit der Volksabstimmung zur Doppelinitiative «Gute Schule Graubünden» ist die schwedische Professorin Inger Enkvist zu Gast in Chur gewesen. Sie setzte das Publikum über die schwedische Volksschule ins Bild – besser gesagt über 50 Jahre Reformen und deren Folgen.

Enrico Söllmann

Die Frage kam ganz zum Schluss der Veranstaltung aus dem Publikum – nachdem Inger Enkvist mit Ironie gesagt hatte: «Das waren die happy news from Sweden.» Wegen dieser eben ganz und gar nicht frohen Botschaften aus Skandinavien wollte eine Zuschauerin wissen, ob sie denn überhaupt noch zuversichtlich sei. Enkvist antwortete: «Wenn ich der Meinung wäre, nichts liesse sich ändern, würde ich nicht darüber referieren. Ich liebe die Schule, ich liebe es, zu lernen.» Die emeritierte Professorin für Spanisch an der Universität Lund reiste nach Chur auf Bitte des Komitees «Gute Schule Graubünden», über deren Doppelinitiative das Bündner Stimmvolk am 25. November entscheidet, sowie des schweizweit tätigen Komitees «Eltern für eine gute Volksschule» (BT vom 17. Oktober). Im Calvensaal zeichnete sie auf Englisch 50 Jahre Bildungsreformen und deren Auswirkungen auf die Grundschulen in Schweden nach – übersetzt von Raimund Klesse. Sie machte dabei gegenüber den rund 35 Anwesenden zu jedem Zeitpunkt klar, was auf Tatsachen und Erfahrungswerten beruht und was ihre persönliche Meinung darstellt.

Reaktionen auf Enkvists Arbeit

Vorweg hatte Enkvist dem BT erklärt, wie die sowohl positiven als auch negativen Reaktionen auf ihre Analysen des schwedischen Schulsystems konkret ausfallen. Sie, die ungebrochen Publikationen zum Thema verfasst, seien es Bücher oder auch Beiträge in den Medien. In der Regel erhält Enkvist via Telefon, Mail oder in Gesprächen ausschliesslich Zuspruch, Missbilligung hingegen entnimmt sie hauptsächlich aus den Medien. Lob kommt aus der Bevölkerung. Von Menschen, die froh sind, dass Enkvist im Gegensatz zu ihnen selbst die richtigen Worte für die Missstände findet. Anerkennung gibt es weiter von Lehrern, die selber Angst haben, sich zu exponieren, weil sie Repressalien befürchten. Und schliesslich von Personen, welche die Vergleiche mit anderen Ländern schätzen – Enkvist hat, wie sie sagte, stets über den Tellerrand hinausgeblickt und sich über Schulsysteme und Reformen in aller Welt informiert. Die kaum einmal direkt an ihre Person gerichtete Kritik ihrer Arbeit dreht sich zumeist darum, ihr die Rolle als Expertin abzusprechen. Als nicht universitär ausgebildete Pädagogin dürfe sie nicht über Bildung und Erziehung sprechen.

Wie Enkvist dann zu Beginn ihres Vortrages ohne Power-Point-Präsentationen und Manuskript ausführte, hatte Schweden in den Sechzigerjahren begonnen, sich vom klassischen Klassenunterricht zu verabschieden. Bei diesem Modell ist es die Hauptaufgabe des Lehrers, Wissen zu vermitteln. Seither nämlich krepeln Politiker im Verbund mit Pädagogen die Schule ständig um. Sie ebneten zunächst den Weg dafür, dass sich die Lehrer mehr um die Schwächeren kümmern, und die Stärkeren im Unterricht deshalb immer weiter in den Hintergrund rückten. Bereits Mitte der Siebzigerjahre kam das Aus für die Sonderschulen, der Einzelunterricht fiel weg. Alle sollten – im Sinne der Gemeinschaft – in ein und demselben Klassenzimmer unterrichtet werden. Ideologie statt Inhalt, wie Enkvist im Laufe des Abends mehrfach wiederholen sollte. Und sie warf die Frage in den Raum, was passiere, wenn weitere Lehrkräfte wie etwa Heilpädagogen parallel zum Gesamtunterricht einzelne Schüler extra betreuen würden. Die Professorin antwortete trotz des erkennbaren Aha-Effekts im Publikum gleich selbst: «Der Lärmpegel steigt und mit ihm die Unaufmerksamkeit.» Die Lehrer seien zunehmend an ihre Grenzen gestossen, ihr Sorgen ignoriert worden. Plötzlich habe es im Gegensatz zu früher Burn-outs gegeben, erläuterte

Enkvist gegenüber dem BT. Die Position der Lehrer sei laufend geschwächt worden, die Wissensvermittlung mehr und mehr vernachlässigt worden.

«*Sie reformierten die Reformen*»

Die Politik ging zwar laufend über die Bücher, ohne aber – nach Meinung von Enkvist – eine eigentliche Ursachenforschung für die Fehlentwicklungen zu betreiben. «Sie reformierten die Reformen.» Die Linke, die hauptsächlich am Drücker war, investierte Unsummen in den Ausbau des Bildungssystems. Die Rechte machte sich nach dem Vorbild der USA für einen Wettbewerb unter den Schulen stark, die mit der Vorgabe eines Globalbudgets und eines Lehrplans unabhängig schalten und walten konnten. «Es wurden wieder neue Probleme geschaffen, ohne eines zu lösen», so Enkvist. «Die Pädagogen setzten zudem die Idee ihrer postmodernen Methoden erfolgreich durch.» Grob zusammengefasst also die Abwendung von Fakten, Wahrheit und Vernunft. Gruppenarbeiten und Präsentationen seien in den Vordergrund getreten. «Die Schüler durften ihre eigenen Infos kreieren.» Rechtschreibfehler seien kaum mehr korrigiert worden.

Die Folgen: Schweden schnitt in den Pisa-Studien, bei denen die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Schulleistungen auf internationaler Ebene vergleicht, immer schlechter ab. Wobei es ab den Neunzigerjahren, als «nichts mehr vom einstigen Klassenunterricht übrig war», in den Fächern Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften exponentiell runter ging, wie Enkvist ausführte. Zum Vergleich: In führenden Pisa-Ländern wie Singapur, Japan, Taiwan und lange Zeit Finnland wird ein klassischer Unterricht gepflegt mit dem Lehrer als dominante Figur, wobei die Kinder natürlich auch Problemstellungen eigenständig zu bearbeiten haben. Als Reaktion auf die schlechten Ergebnisse forderte die Politik von der OECD, andere Fächer zu prüfen, in denen die Leistungen der schwedischen Schüler klar besser seien. Tatsächlich sei die Kreativität in Schweden gestiegen, betonte Enkvist. Als leuchtende Beispiele hierfür nannte sie das Internet-Telefonie-Unternehmen Skype sowie den Musik-, Hörbuch- und Videostreaming-Dienst Spotify, Computergames sowie die boomende Musikbranche, die auch lange Zeit nach Abba überdurchschnittlich viele Popsterne hervorbringt. Die Kehrseite der Medaille sind laut Enkvist mangelhafte Selbstdisziplin, fehlendes Verantwortungsbewusstsein und wenig bis gar keine Kontrolle des eigenen Verhaltens. Ein Oberstufenlehrer in Malmö lud einmal eine Führungskraft von McDonald's ein, um über die Fähigkeiten zu sprechen, die es für eine Führungsrolle beim Fast-Food-Konzern braucht. Danach meinte dieser: Er würde höchstens einen der insgesamt 25 Schüler rekrutieren wollen. Die Gründe: Einige erschienen zu spät, andere hingen in den Stühlen, sassen mit Kappe da, schwatzten miteinander, spielten mit dem Telefon oder hörten einfach nicht zu. Eine 15-Jährige aus gut situiertem Hause dagegen, die den Unterricht schwänzte, weil sie im Parlament einen Streik für die Umwelt durchführte, wurde nicht nur medial als Heldin gefeiert. Sogar die Eltern sagten, sie seien stolz auf ihre Tochter. Sie sei sehr mutig. Ideologie statt Inhalt, so Enkvist erneut. «Die Jugend von heute hat sehr starke Gefühle für ihre eigenen Rechte.»

Und die Alternative?

Und welcher Weg führt aus dem Bildungsdebakel, wollte eine Zuschauerin wissen – bei der im Anschluss ans Referat engagiert geführten Fragerunde. Enkvist würde von Null beginnen und nannte die Zutaten, die ihr schulisches Rezept benötigt: neue Verhaltensregeln; Kinder der gleichen Klasse sollen auf demselben Wissensstand sein; klarer Fokus auf das Beherrschen der Muttersprache (mündlich wie schriftlich); die Oberaufsicht den Schulen überlassen, die Lehrerbildung grundlegend neu konzipieren, die Position der Lehrpersonen stärken (auch gegenüber den Eltern). Als oberste Maxime müsste laut Enkvist gelten: Die Schule ist da, um zu lernen. Dann würde es tatsächlich wieder «happy news from Sweden» geben.

https://reader.somedia.ch/epaper/pdf/blaettern.php?date=2018-10-24&publication=bt&keyauth=Sac4eGn-RecfB3MAz8dg4E-mjIkUwLWUfuTqNrLqnG0&type=issue&apptype=newsletter&utm_source=EP-Newsletter&utm_medium=EPaper

Bildung braucht ‚scholé‘

Von Carl Bossard

Eile und Hektik halten Einzug in die Schule – und mit ihnen der Effizienzimperativ. Doch Lernen lässt sich nicht beschleunigen. Schule braucht Zeit. Eine Erinnerung an ihren Ursprung.

Die Schule hat einen wunderschönen Namen. Er stammt aus dem Altgriechischen. Aristoteles' geschliffener Begriff müsste Programm sein: scholé, was so viel wie Musse heisst.[1] Die Schule, die scholé, wäre jener Ort, an dem sie noch möglich sein müsste, eine gewisse Musse. Ein Ort, an dem man füreinander Zeit hat und einander zuhört, zueinander findet und sich aneinander reibt, miteinander lernt und gemeinsam zu Neuem unterwegs ist. Das ist der tiefe Sinn von Schule. Bildung basiert auf scholé. Lernen kann man nicht beschleunigen. Lernen kennt keine Autobahnen, keine Schnellstrassen und keine abgekürzten Routen oder gar Überholspuren. Da gelten Feldwege und da gehören Bergpfade dazu. Manchmal auch Unterholz und Dickicht. Und natürlich Umwege. Darum braucht Lernen Zeit. Eben: scholé!

Intensives Wiederholen gegen das Vergessen

Was prägen und bleiben soll, muss zum Erlebnis werden. Was trainiert und automatisiert sein will, muss erarbeitet werden. Das weiss jede Sportlerin, das ist jedem Musiker bewusst. Für beides ist Ver-Weilen nötig. Doch Weile braucht Zeit. Aus der Lernpsychologie wissen wir, dass der Mensch um die sechs bis acht Wiederholungen braucht, um eine Information vom Kurzzeitgedächtnis ins Langzeitgedächtnis zu bringen. Ohne Wiederholungen nimmt das Vergessen seinen unerbittlichen Lauf. Der Moment des Vergessens beginnt im Moment des Merkens.[2]

In der beschleunigten Bildungspraxis gehen solche Einsichten allzu schnell vergessen; dabei wären sie aufgrund zahlreicher psychologischer Studien erwiesen.

Für alles zu wenig Zeit!

„Ich hetze und hechle von einem Inhalt zum andern und komme mit meinen Schülern kaum zum Vertiefen, zum Üben schon gar nicht“, klagte mir ein Junglehrer. Er ist nicht allein. Wer in Lehrerzimmer und Schulen hineinzoomt, hört immer wieder ähnliche Stosseufzer: kaum Rast, stets die Last der Hast, Dauerdruck und Zeitzwang. Zur Resonanz, zum Nacherleben, Nachdenken, Nach-Gespräch bleibe im Nonstop-Programm des Lehrplans kaum mehr Raum. Selbst zum Erzählen einer guten Geschichte fehle das Gefäss. Zu vieles müsse in zu wenig Zeit durchgenommen sein. Die Phasen des Repetierens und Automatisierens kämen zu kurz. Manches bleibe darum an der Oberfläche.

Ein dichtes Pensum und gedrängtes Programm stehen dem Erkennen und Verstehen der Kinder im Weg. Sie verhindern gar gutes Lernen.

Pausen in der Pausenlosigkeit

Auch der liebevolle Ausdruck ‚Pause‘ geht etymologisch auf einen altgriechischen Begriff zurück: paūsis. Das Wort blieb erhalten, weil es etwas menschlich Elementares bezeichnet: Rast, Ruhe, Stillstand. Das „Innehalten“ ermöglicht ein Voraus- und ein Nachdenken. Beides, das Prometheische wie das Epimetheische, ist unabdingbares Element echter Kultur und Bildung. Dazu braucht es aber Zeit und Musse für Er-innerung, Ver-innerlichung, Wahr-nehmung.

Das Pausenlose gefährdet dieses Anhalten und Reflektieren: Innehalten als inspirative Zone des Verweilens, als kreativer Raum des Nachdenkens und Begrifflich-Werdens des Gedachten. Es ist ein verweilendes Denken, dem keine App zu Hilfe eilt.

Der Zeitgeist heisst Rasanz

Der Zeitindex ändert sich. Heute muss alles schnell gehen. Für alles haben wir zu wenig Zeit. Im Kleinen und im Grossen. Wir alle erfahren unsere Epoche als dynamisches Gebilde. Tempo und

Rasanz sind ihre Merkmale. Das bringt uns in Atemnot, auch in den Schulen. „Le temps mange la vie“, hat der französische Dichter Charles Baudelaire in einem Gedicht geschrieben. Ein lapidarer Satz. Die Zeit zehrt das Leben auf.

Von „Zeitfressern“ erzählt auch Momo, die struppige kleine Heldin im poetischen Märchen-Roman von Michael Ende. Die Grauen Herren von der Zeitsparkasse rauben den Menschen die Zeit – bis auf Momo. Sie hat und nimmt sich Zeit. „Denn Zeit ist Leben.“[3] So heisst es in Endes Kindergeschichte für Erwachsene. Auf die Schule übertragen: Lernen ist nur dort möglich, wo Leben ist und Zeit.

Mut zum Gegenhalten

Die Schule darf sich darum die Zeit und Musse nicht stehlen lassen; sie darf nicht zur a-scholia verkommen. Schule und Unterricht hatten schon immer den Auftrag, auch gegenläufig zu wirken und gegenhalte Kräfte zu aktivieren. Vielleicht passt dazu der Gedanke des vergessenen Schriftstellers Jean Paul. In seinem Erziehungsbuch plädiert er dafür, die Kinder gegen den Zeitgeist zu erziehen. Warum? Der Zeitgeist, so argumentiert er, würde selbst schon genug Wirkung entfalten. Schule wie Elternhaus müssten für die kompensatorische Balance sorgen. Und für Balance sorgen heisst heute: die scholé stärken – gegen den Turbo-Zeitgeist.

Die Hektik müsse darum zu den Schulen raus, fordert der renommierte Neurowissenschaftler Gerhard Roth seit Langem.[4] Bildung lässt sich nicht in der in der Hast raschen Durchnehmens erwerben. Sie braucht scholé. Bildung ist zwar eine schöne Sache, doch der Weg dorthin ist anstrengend und alles andere als Fast Food. Die Schule ist kein Take-away für Bildung, wo sich alle anmelden und alle den ersehnten Abschluss wie eine Billigpizza erhalten. Es ist das simple Geheimnis aller Bildung: dass sie Engagement und Einsatz erfordert. Bildung ist nicht ein Zustand, auch kein Input-Output-Verfahren, sondern persönlicher Prozess und individuelle Entwicklung eines Menschen – und der Würde der menschlichen Existenz. Das dauert seine Zeit.

Die Philosophen fragen

Die Philosophen haben die Schule den Pädagogen überlassen, schreibt der Jurist Bernhard Schlink in seinem Roman „Der Vorleser“. Auch das ist vorbei. Ein Blick auf die aktuelle Entwicklung macht es deutlich: Heute liegt die Schule in den Händen von Empirikern und Ökonomen. Da kann es nicht schaden, einen Philosophen nach dem Wesentlichen und Eigentlichen der Bildung zu fragen.

Schulen brauchen Zeit fürs Vertiefen

Im Rahmen seines St. Galler Vortrags mit dem Titel: „Überleben die humanistischen Bildungs-ideale die digitale Wende?“ meinte der Philosoph und Physiker Julian Nida-Rümelin: „Wichtiger denn je ist das zentrale humanistische Bildungsideal, das sich in zwei Begriffe fassen lässt: Es geht um Persönlichkeitsbildung und Urteilskraft. Junge Menschen müssen in die Lage versetzt werden, sich selbst ein verlässliches Urteil zu bilden. Angesichts eines immensen Angebots an Informationen, Meinungen und Ideologien müssen Schüler und Studenten unterscheiden lernen. Sie müssen Zeit haben, Argumente abzuwägen. Das ist es letztlich, was die Schule vor allem braucht: Zeit, um zu vertiefen.“[5]

Momo bringt den Menschen die gestohlene Zeit zurück. Eine zeitlose Botschaft – auch für die Schulen. Scholé braucht Zeit.

[1] Vgl. dazu Klaus Bartels, Mehr Mut zur Musse. Kleine Kulturgeschichte der Liebe zum Beruf. Zürich: Bank J. Vontobel o.J., S. 11.

[2] Klaus Zierer, Die Grammatik des Lernens. Was bei der Digitalisierung im Bildungsbereich nicht vergessen werden darf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ, 04.10.2018, S. 7.

[3] Michael Ende (1974), Momo oder Die seltsame Geschichte von den Zeit-Dieben und von dem Kind, das den Menschen die gestohlene Zeit zurückbrachte. 5. Aufl.; Stuttgart: K. Thienemanns Verlag. S. 57.

[4] Vgl. Gerhard Roth (2011), Bildung braucht Persönlichkeit. Wie Lernen gelingt. Stuttgart: Klett-Cotta.

[5] Julian Nida-Rümelin, Silicons Valleys aufgeblähte Utopie, in: Luzerner Zeitung, 26.09.2018, S. 15.

<https://www.journal21.ch/bildung-braucht-schole>

Schule Schweiz, 28. Oktober 2018

Bürokratie statt Wissen

Lehrplan bringt Expertokratie, Urs Kalberer

Was wissen wir über den Lehrplan 21?

1. Der Schweizer Lehrplan 21 zerstückelt das Lernen in Tausende von Kompetenzen. Die Umstellung auf einen kompetenzorientierten Unterricht führte bisher überall zu massiven Einbußen im Wissen und Können.
2. Was nicht überprüft und gemessen werden kann, fällt aus dem Programm. Eine kompetenzorientierte Leistungsüberprüfung ist nicht kompatibel mit dem hergebrachten Noten- und Zeugnisssystem.
3. Der Lehrplan 21 verzichtet auf Jahresziele und einen verbindlichen Stoffplan und -aufbau.
4. Entgegen aller Versprechungen behindert der Lehrplan 21 die Mobilität: Je nach Kanton wird zuerst Englisch, Französisch oder Italienisch unterrichtet.
5. Der Lehrplan 21 führt zu mehr Testerei, zu mehr Druck und zu mehr Administration und Bürokratie.
6. Entgegen aller Versprechungen beeinträchtigt der Lehrplan 21 mit seinen obligatorischen Monopollehrmitteln und den Zwangsweiterbildungen die Lehr- und Methodenfreiheit der Lehrpersonen.
7. Die demokratisch legitimierte Schulräte, die Eltern und auch die Lehrpersonen verlieren an Einfluss zugunsten einer Expertokratie aus Verwaltung, Lehrmittelverlagen und den Pädagogischen Hochschulen.

Wenn wir weiterhin am System «Volksschule» festhalten wollen und die Bildungsqualität halten wollen, gibt es gute Gründe für die Annahme der beiden Lehrplan-Initiativen.

<https://schuleschweiz.blogspot.com/2018/10/burokratie-statt-wissen.html>

Gion und Fadri erklären die Initiative Teil 2.


Gute Schule Graubünden

VISIBLE LEARNING VON JOHN HATTIE (2008)
Zentrale Befunde

Was hilft richtig?

▪ Classroom Management	d = .52
▪ Peer Tutoring	d = .55
▪ Herausfordernde Ziele setzen	d = .56
▪ Direkte Instruktion	d = .59
▪ Leseförderung	d = .67
▪ Lehrkraft-Schüler-Verhältnis (Klima)	d = .72
▪ Feedback	d = .73
▪ Reziprokes Unterrichten	d = .74
▪ Klarheit der Instruktion	d = .75
▪ Formative Evaluation	d = .90



<https://gute-schule-gr.ch/word-press/>

Höchste Zeit für eine Denkpause

Bisher konnte man in Sachen Schule den Behörden vertrauen. Doch der Unmut wächst, das zeigen die zahlreichen Initiativen zum Bildungswesen deutlich. Die Schule geht uns alle etwas an. Ein unerprobtes Schul-Experiment auf Kosten der Kinder – das geht zu weit. Da gehört eine Korrektur hin. Kritische Stimmen werden lauter und zahlreicher: Im Kanton Basel-Land, wo schon seit einigen Jahren nach dem umstrittenen Lehrplan 21 unterrichtet wird, stimmte die Bevölkerung mit einem deutlichen Ja dafür (84 %), dass Jahresziele und Themen wieder klar definiert sind. Zunehmend werden unstrukturierte und einseitig ideologische Lehrmittel angeprangert. Gegen ein untaugliches, mit dem Lehrplan 21 kompatibles Französischlehrmittel laufen viele Lehrpersonen in den Kantonen Solothurn und Baselland Sturm. Recherchen der NZZ haben ergeben, dass in den Lehrmitteln des Kantons Zürichs das Gebot der politischen Neutralität wenig bis gar nicht beachtet wurde. Im Tessin sagte die Bevölkerung am 23. September Nein zu einem Schulversuch, der die «scuola che verrà», das Pendant zum Lehrplan 21, erst einmal erproben wollte.

Seit über zwanzig Jahren dauert nun diese nicht endende Reformflut. Selbst Bildungsforscher können die Frage nach den Resultaten nicht beantworten, was im Klartext heisst, es sind keine positiven Ergebnisse zu verzeichnen. In Deutschland fällt die Bilanz nach über zehn Jahren Erfahrung mit der Kompetenzorientierung vernichtend aus. Die Folgen sind dramatisches Schwinden von Wissen und Können.

Trotz dieser alarmierenden Zeichen und Ergebnisse passen die Deutschschweizer Kantone ihr Bildungswesen freiwillig genau diesen von aussen gesteuerten Reformen an. Schritt für Schritt entfernen die zuständigen Bildungsgremien sich damit von unserer erfolgreichen Volksschule.

Man sollte es zur Kenntnis nehmen: Der Wind hat sich bereits gedreht. Mit einem Ja zur Doppelinitiative zu mehr Mitsprache im Bildungswesen kann die Bevölkerung nun signalisieren, dass es höchste Zeit ist für eine Denkpause. Im bereits eingeführten Lehrplan 21 können ohne grossen Aufwand Inhalte und Jahresziele definiert werden. Das Schulwesen ist einer der wichtigsten Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens, da wollen wir die Eigenständigkeit bewahren. Diese Initiative zeigt einen gangbaren Weg auf, damit unsere Schule gut bleibt und sich vernünftig weiter entwickeln kann.

Elisabeth Calcagnini, Erstunterzeichnerin der Doppelinitiative

https://reader.somedia.ch/epaper/pdf/blaettern.php?date=2018-10-29&publication=bt&keyauth=Sac4eGn-RecfB3MAz8dg4E-mjlkUwLWUfuTqNrLqnG0&type=issue&apptype=newsletter&utm_source=EP-Newsletter&utm_medium=EPaper

Die Verfassungsinitiative
verlangt die Mitsprache des Grossen Rates und des Volkes bei grundsätzlichen Fragen der Bildung. In Zukunft müssen geplante Änderungen offengelegt werden.

- ja** zur Verankerung der Schule in der Bevölkerung
- ja** zu breit abgestützten Entscheiden, wenn es um die Bildung unserer Kinder geht
- ja** zum Kindergarten: er darf nicht verschult werden — das ist erklärter Volkswille

Unsere Schulabgänger sollen in der beruflichen Ausbildung bestehen können. Die Deutschschweizer Kantone passen sich mit dem Lehrplan 21 freiwillig an das von internationalen Gremien propagierte Reformprogramm an, das bereits vielerorts gescheitert ist. Volksschulen sind keine Unternehmen und dürfen nicht zum Spielball von gewinnorientierten Bildungskonzernen werden.

Das in Gang gesetzte Schul-Experiment geht in die falsche Richtung — darum müssen wir die Zügel selbst in die Hand nehmen.

ja zur Verfassungsinitiative am 25. November 2018

Komitee «Gute Schule Graubünden»
www.guteschule-gr.ch

Die Gesetzesinitiative
verlangt, dass die von der Regierung verordneten Lehrpläne verbindliche Inhalte und Ziele enthalten, vom Grossen Rat geprüft und dem fakultativen Referendum unterstellt werden.

- ja** zu verbindlich formulierten Lehrplänen — keine unverständlichen Kompetenzkataloge
- ja** zu einer Schule, die kulturell bedeutsame Werte vermittelt — keine ideologisch gefärbten Lehrmittel
- ja** zu kindgerechtem Unterricht — keine Überforderung mit «selbstorganisiertem Lernen»

In der Schule soll die Vermittlung von grundlegendem Wissen und Können im Vordergrund stehen. Die Kinder sollen wieder richtig lesen, schreiben und rechnen lernen und dabei von ihrer Lehrperson unterstützt und ermutigt werden — und nicht viel zu früh die Verantwortung für das eigene Lernen übernehmen müssen.

Es ist nie zu spät, einen Irrweg zu korrigieren. Übernehmen wir in unserem Kanton eine Vorreiterrolle und gestalten überzeugende Reformen.

ja zur Gesetzesinitiative am 25. November 2018

Komitee «Gute Schule Graubünden»
www.guteschule-gr.ch

Bestellen Sie die gewünschte Anzahl Flyer, wir schicken sie Ihnen gerne.

https://guteschule-gr.ch/word-press/?page_id=420

[Flyer deutsch blau](#)

[volantino italiano](#)

[Flyer deutsch weiss A 4](#)

[volantino bianco A4](#)

Bündner Tagblatt, 30.10.18

Klassenzimmer hat noch lange nicht ausgedient

Ausgabe vom 19. Oktober Zum Artikel [«Schulen müssen sich komplett ändern»](#)

Stellen Sie sich vor, Ihr Arzt verschreibt Ihnen ein Medikament, das noch nicht umfassend getestet wurde, das aber offensichtliche und gefährliche Nebenwirkungen hat. Genau dies geschieht seit Jahren an unserer Volksschule, wo eine Allianz aus Politik, Schuladministration und Wirtschaft der Volksschule abstruse Konzepte aufzwingt, ohne je nach deren Wirksamkeit zu fragen.

Der Artikel beschreibt eine Schule der Zukunft, wie ich sie als Lehrer aus Rücksicht auf die Schüler und ihr Lernen nicht erleben möchte. Die Kinder werden während einem Drittel ihrer Schulzeit vor einen Computer gesetzt und sich selbst überlassen. Damit soll die Freude am Lernen erhalten bleiben. Wir wissen, dass ein wesentlicher Faktor im Lernprozess die Beziehungsebene ist. Wie sollen Kinder lernen, wenn man sie isoliert und jede und jeder in Grossraumbüros das eigene Programm absputzt? Die wohlklingenden «Lernlandschaften» mit dem «selbstgesteuerten Lernen» bei denen die heutigen «Lerncoaches» ihren Schülern bloss noch Blätter zum Selbststudium aushändigen, verunmöglichen es, die wichtige Lernbeziehung zu den Kindern herzustellen.

Das Klassenzimmer als Ort des Lernens hat deshalb noch lange nicht ausgedient. Das Schulzimmer ist der Ort, wo unterschiedliche Kinder mit ihren Begabungen und ihrem Lernwillen zusammenkommen und angeleitet vom Lehrer sich Wissen aneignen und Schritt für Schritt neue Welten entdecken. Wir wissen aus der Forschung, dass der geleitete Klassenunterricht, im Text als Frontalunterricht diffamiert, bei Weitem effizienteres Lernen zulässt als die verantwortungslosen Experimente des individualisierten Lernens.

Schliesslich spekuliert die Autorin darüber, welche Berufe wohl in 50 Jahren gefragt sind und welche schulischen Fähigkeiten dazu dienlich sind. Erstens ist es nicht die Aufgabe der Schule, Humankapital für die Wirtschaft bereitzustellen. Und zweitens werden die Kinder auch in Zukunft Lesen, Schreiben und Rechnen können müssen. Genau diese Fertigkeiten werden aber durch das im Artikel hochgelobte individualisierte Lernen vernachlässigt. Und die Wissenschaft sagt uns auch, wer ganz besonders darunter leidet: Es sind die sozial benachteiligten Kinder. Aber unsere Bildungspolitiker und die Mehrzahl der Schuladministration will das nicht hören und bastelt unbeirrt weiter auf dem eingeschlagenen Weg in Richtung mehr Kosten, mehr Ungleichheit und weniger Wissen und Können.

Urs Kalberer aus Malans

https://reader.somedia.ch/epaper/pdf/blaettern.php?date=2018-10-30&publication=bt&keyauth=Sac4eGn-RecfB3MAz8dg4E-mjIkUwLWUfuTqNrLqnG0&type=issue&apptype=newsletter&utm_source=EP-Newsletter&utm_medium=EPaper

2 x ja bei der Abstimmung vom 25. November 2018

Wir wollen ein Bildungswesen, das in der Bevölkerung verankert ist - keine Steuerung durch internationale Gremien, die den ökonomischen Nutzen in den Vordergrund stellen.

Wir wollen Lehrpläne, die Inhalte und Jahresziele verbindlich regeln - keine unverständlichen Kompetenzkataloge.

Wir wollen einen von der Lehrperson geführten, kindgerechten Unterricht - keine Überforderung mit «selbstorganisiertem Lernen»

Wir wollen, dass unsere Kinder wieder richtig lesen, schreiben und rechnen lernen und wenn sie aus der Schule kommen, über Grundlagen verfügen, mit denen sie im Berufsleben bestehen können.

<https://guteschule-gr.ch/wordpress/>

Schule Schweiz, 31. Oktober 2018

Lehrplan 21 – erste Kantone buchstabieren zurück

Von Peter Aebersold

Mit der Einführung des Lehrplans 21 wurde eben erst begonnen und schon zeigt sich, dass gewisse Reformelemente wegen ihrer ideologischen Fundierung den Praxistest nicht bestehen werden. Die ersten Kantone haben bereits begonnen, Korrekturen vorzunehmen: Der Kanton Nidwalden verzichtet auf das „Schreiben nach Gehör“ und kehrt zur Rechtsschreibung zurück. Der Kanton Basel-Landschaft führt die Lehrmittelfreiheit wieder ein, nach dem die praxisuntauglichen LP21-kompatiblen Lehrmittel zu einem teuren Eklat geführt haben. Die „bestechende Idee“ mit den Schulinseln dürften die Rückkehr zur bewährten Kleinklasse einläuten, auch wenn das erst unter vorgehaltener Hand gesagt werden darf. Es kann ja nicht sein, dass kein Geld für Schulreisen mehr da ist, weil man überall Lernlandschaften errichten muss.

<https://schuleschweiz.blogspot.com/2018/10/lehrplan-21-erste-kantone-buchstabieren.html>

Schule Schweiz, 1. November 2018

EDK ist und bleibt ein Unding!

Alle bisherigen Reformen waren ein Flop! Basler Zeitung, 1.11. von Daniel Vuilliomonet

Nun ist sie also nicht mehr nötig, die Erziehungsdirektorenkonferenz. Harmos sei aufgegleist bzw. bereits gelebte Realität und der Lehrplan 21 in 21 Kantonen umgesetzt. Soweit die Berichterstattung der BaZ über das Communiqué der EDK zur Auflösung ihrer Existenz. («Die Eltern sollen den Schulstart bestimmen» und [«Erziehungsdirektorenkonferenz wird aufgelöst» in der BaZ vom 30. Oktober 2018.](#))

So viel aber auch zur Illusion der hohen Damen und vor allem Herren in Sachen Erziehung. Tatsache nämlich ist: All die aufgegleisten Reformen erweisen sich bei nicht mal näherer Betrachtung als Riesenflop!

Nach uns die Sintflut

Die frühe Einschulung ab dem vollendeten vierten Lebensjahr zum Beispiel führt dazu, dass die Kinder alle schulischen Herausforderungen und Ansprüche ein Jahr früher bewältigen müssen als vor Harmos. Das zieht laut Berichterstattung der BaZ mehr Repetitionen nach sich und erklärt – gekoppelt mit oft viel zu hohen Erwartungen vor allem seitens der Eltern – wahrscheinlich auch den kürzlich beleuchteten Anstieg von Burn-outs bei Schülerinnen und Schülern.

Dazu kommt der frühere Abschluss der obligatorischen Schulzeit im Alter von 15, was sich bei der Lehrstellensuche als Handicap erweist. Den Experten in Sachen Erziehung ist bzw. war das offenbar völlig egal. Die im Übrigen nie demokratisch legitimierte Konferenz wird nach Vollbringung ihrer pädagogischen Schandtaten aufgelöst – nach uns die Sintflut.

Fehlerhafte Unterlagen

Auch das Sprachenkonzept «Passepartout» und die schwammigen Kompetenzformulierungen des Lehrplans 21, gekoppelt mit dem kategorischen Imperativ des selbstorganisierten Lernens, sind nichts anderes als delegierende Verantwortungslosigkeit einer pseudomodernen Ego-Gesellschaft. Viele Eltern und Schülerinnen und Schüler berichten in einschlägigen Foren, wie es wirklich zugeht in den sogenannten Lernlandschaften. «Huere vill hänge hie eifach ab u mache nüt» ist ein viel zitiertes Statement einer Sekundarschülerin.

Arbeiten werden nicht mehr korrigiert, auch das müssen die Kinder und Jugendlichen selbst tun. Das führt unter Umständen zu fehlerhaften Unterlagen in den Schulheften, die wiederum Basis sind für die Vorbereitung von Prüfungen. An einem kürzlich abgehaltenen Anlass zum Lehrplan 21 und seinen Exzessen legte eine verzweifelte Mutter dar, wie sie das «Laisser-faire» an der Schule ihres Kindes erlebt, alles unter dem Motto «Stärkung der Selbstkompetenz».

Das Gegenteil von Integration

Zu guter Letzt die sogenannte Integration, die oftmals keine ist: Integrierte Kinder werden immer wieder ausserhalb der Klasse betreut durch Heil- und Sozialpädagoginnen. Doch dadurch wird genau das Gegenteil von Integration erreicht, nämlich Stigmatisierung und Ausgrenzung. Dies abzusehen, hätte mehr vorausgesetzt als ein unreflektiertes Nachbeten postmoderner Erziehungsmantras.

Mein Fazit: Die Erziehungsdirektorenkonferenz war, ist und bleibt ein Unding, deren Protagonisten aufs Schändlichste versagt haben!

Daniel Vuillomenet ist Sekundarlehrer in Ettingen.

<https://schuleschweiz.blogspot.com/2018/11/edk-ist-und-bleibt-ein-unding.html>

Telebasel sda, 29.10.2018

Die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz wird per Ende 2018 aufgelöst.

Der Hauptgrund für die Auflösung der Erziehungsdirektoren-Konferenz ist, dass der Lehrplan 21 fertig vorliegt und nun in allen 21 beteiligten Kantonen und Liechtenstein eingeführt wird.

Zudem würden Fragen der Lehrmittel-Koordination hauptsächlich innerhalb der Interkantonalen Lehrmittelzentrale bearbeitet, heisst es in einer Medienmitteilung der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz vom Montag.

Ab 2019 soll der Fokus der Bildungszusammenarbeit unter den Kantonen der Deutschschweiz und Liechtensteins wieder verstärkt bei den Regionen liegen. Im Interesse der Koordination innerhalb des Bildungsraums der Deutschschweiz sollen aber «ohne das formelle Konstrukt einer Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz» gewisse sprachregionale Tätigkeiten im Volksschulbereich weiterhin gemeinsam abgestimmt und finanziert werden.

Stattdessen soll dies in sporadischen gemeinsamen Sitzungen der drei Regionalkonferenzen und über die Zusammenarbeit der kantonalen Volksschulämter in der Deutschschweizer Volksschulämter-Konferenz.

Die gemeinsame Geschäftsstelle der drei Regionalkonferenzen, die seit 2011 in Luzern besteht, soll mit einem reduzierten Personalbestand weitergeführt werden.

Für jene Aufgaben, die die Regionalkonferenzen weiterhin gemeinsam betreiben würden, werde der Personalbestand von knapp 400 Prozent im Jahr 2018 auf 200 Prozent im Jahr 2019 reduziert, erklärte Arthur Wolfisberg, interimistischer Leiter der Geschäftsstelle, auf Anfrage der Agentur Keystone-SDA.

<https://telebasel.ch/2018/10/29/deutschschweizer-erziehungsdirektoren-konferenz-wird-aufgeloeset/?channel=105105>

Schule Schweiz, 29. Oktober 2018

Recht auf Methodenfreiheit kann nicht mehr wahrgenommen werden

Von Peter Aebersold

Erziehungsdirektoren und kürzlich auch die Leiterin des Volksschulamtes behaupten in den Medien, „dass die Methodenfreiheit für die Lehrerinnen und Lehrer gewahrt bleibe“. So auch Christian Amsler, der damalige Präsident der Deutschschweizer-Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK): „Die Unterrichts- und Methodenfreiheit ist in der Schweiz absolut gewährleistet. Die Lehrpersonen werden weder drangsaliert noch in ein Korsett gezwängt“.

Ein Blick zum Beispiel in das Zürcher Volksschulgesetz zeigt jedoch, dass das nicht einmal die halbe Wahrheit ist.

In Artikel 23 heisst es: „Die Lehrperson hat das Recht, im Rahmen des Lehrplans, der obligatorischen Lehrmittel, des Schulprogramms und der Beschlüsse der Schulkonferenz den Unterricht frei zu gestalten“. Mit anderen Worten: die Methodenfreiheit ist heute durch den Lehrplan 21, die vorgeschriebenen Lehrmittel, das Schulprogramm und die Beschlüsse der Schulkonferenz massiv eingeschränkt bzw. de facto abgeschafft.

Der **Lehrplan 21** fordert die „Kompetenzorientierung“ nach OECD-Vorgabe, was auf der Unterrichtsebene das „selbstgesteuerte Lernen“ bedeutet. Das „selbstgesteuerte Lernen“ drängt den zum Lernbegleiter degradierten Lehrer förmlich aus dem Lernprozess der Kinder hinaus: er kann weder Klassenunterricht machen, noch eine andere Methode wählen. Das monierte der Schweizerische Lehrerverband LCH in seiner Antwort zur Konsultation 21 der D-EDK bereits im Jahre 2013: „Die „Methodenfreiheit“ der Lehrpersonen wird stark relativiert. Denn die Kompetenz- und Handlungsorientierung sowie die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse (u.a. J. Hattie) erfordern bestimmte Anforderungen an die Unterrichtsgestaltung und eine anspruchsvollere Beurteilung (vgl. Kap. Unterricht).“

Bei den **Lehrmitteln** sind die Lehrer in der schulischen Realität mit rigiden Vorschriften betreffend der Wahl der Lehrmittel konfrontiert. Es gibt nämlich gar keine Wahl – die Lehrmittel sind in vielen Fächern vorgeschrieben. Anhand der Lehrmittel wird konkret fassbar, was der Lehrplan allgemein und verklausuliert vorgibt. Obligatorische Lehrmittel organisieren die Dosierung und die Abfolge des Stoffes und schränken damit die Methodenfreiheit massiv ein. Lehrmittel kontrollieren den Unterricht viel effizienter, als dies ein Lehrplan kann. Beim „selbstgesteuerten Lernen“ ist der Lehrer ausgeschaltet und das Lehrmittel kann unkontrolliert in autoritärer Weise diktieren, was der Schüler zu lernen hat.

Das **Schulprogramm** ist ein Steuerungsvehikel zur top down-Durchsetzung von Reformexperimenten (im Reformjargon: „Schulentwicklung“), das versucht, die Lehrer so in den Prozess einzulullen, dass sie glauben, sie würden ihn beeinflussen können, was allerdings nicht immer gelingt: „So sehr sich mit dem Schulprogramm Hoffnung auf eine Schulentwicklung von unten verbinden, zeigen sich jedoch noch erhebliche Widerstände bei der Einführung dieser neuen Praxis von Schulentwicklung“ (Holtappels, 2004, S. 28). Eine Suche im Internet zeigt, dass in den Schulprogrammen der Deutschschweizer Schulen – im Gegensatz zu Schulen in Deutschland – der klassische Unterricht (Klassenunterricht, direkter Unterricht, Frontalunterricht) nicht mehr vorkommt. Will ein Lehrer seine Methodenfreiheit wahrnehmen und Klassenunterricht machen, kommt er mit dem Schulprogramm in Konflikt, weil der dort nicht vorgesehen ist.

Die Beschlüsse der **Schulkonferenz** sind ein Zwangskorsett, nach denen sich der Lehrer zu richten hat und das ihm jegliche individuelle Methodenfreiheit nimmt.

Die **Fachstelle für Schulbeurteilung** ist ein weiterer Verhinderer der Methodenfreiheit. Dessen Leiter antwortete auf die untenstehende Frage, wie folgt:

Frage: Gewisse Lehrpersonen kritisieren, dass individualisierender Unterricht verlangt wird. Ist das kein Eingriff in die Methodenfreiheit der Lehrer?

Antwort: Nein. Es steht im Lehrplan, dass die Kinder individuell zu fördern sind. Es geht hier um einen ideologischen Grabenkampf. Wenn wir nur autoritäre Klassenführung und nur Frontalunterricht sehen, gibt das eine Rückmeldung.

<https://schuleschweiz.blogspot.com/2018/10/recht-auf-methodenfreiheit-kann-nicht.html#more>

Sekretariat Bildungsrat Liestal, 29. Oktober 2018

Medienmitteilung

Bildungsrat empfiehlt Lehrmittelfreiheit zur Umsetzung der Initiative: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt

Der Bildungsrat empfiehlt der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion, den Auftrag des Landrates zur Umsetzung der Initiative «Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt» mit einer Änderung des Bildungsgesetzes umzusetzen. Der Bildungsrat arbeitet bereits seit Juni 2017 – unabhängig von der Initiative – an einem neuen Lehrmittelkonzept. Anstelle eines Verbotes bestimmter Lehrmittel soll künftig jede Lehrperson aus einer Liste von Lehrmitteln frei wählen können.

Im Anschluss an die Gutheissung der nichtformulierten Initiative durch den Landrat hat der Bildungsrat am 26. Februar 2018 das Amt für Volksschulen (AVS) mit der Ausarbeitung eines Konzeptes einschliesslich einer Analyse von Optionen und Konsequenzen zur Umsetzung dieses Landratsbeschlusses beauftragt. Die vom Bildungsrat damals schon beratene Strategie zur Weiterentwicklung des Lehrmittelkonzeptes sollte den Überlegungen zugrunde gelegt werden.

Am 17. Oktober 2018 hat der Bildungsrat das Zwischenergebnis der Beratungen aus der eingesetzten Taskforce Fremdsprachen zur Kenntnis genommen und die erarbeiteten Varianten zur Umsetzung des Landratsbeschlusses in Form eines Entwurfs der Änderung des Bildungsgesetzes geprüft.

Der Bildungsrat empfiehlt auf dieser Grundlage der BKSD, den Auftrag des Landrates mit einem neuen Lehrmittelkonzept umzusetzen: Jede Lehrperson soll aus einer kantonalen Lehrmittelliste frei wählen können, mit welchen Lehrmitteln sie die Bildungsziele des Lehrplans Volksschule Basel-Landschaft bearbeitet und erfüllt. Ein gesetzliches Verbot von Lehrmitteln, wie von der Initiative verlangt, lehnt der Bildungsrat ab. Es ist dem Bildungsrat jedoch ein ausdrückliches Anliegen, jeder Lehrperson in möglichst allen Fächern und Schulstufen ein methodisch und didaktisch vielfältiges Angebot an Lehrmitteln zur Auswahl zu stellen.

Diese Empfehlung steht in Übereinstimmung mit dem Entwurf der totalrevidierten Lehrmittelverordnung, die der Bildungsrat im November für eine Anhörung verabschieden wird. Aufgrund der Konkretisierung des Bildungsauftrags mit dem neuen Lehrplan Volksschule Basel-Landschaft und den neuen Möglichkeiten der digitalisierten Lehrmittel kann der Bildungsrat die fachlich-berufliche Verantwortung der Lehrpersonen und ihre Methodenfreiheit mit der angestrebten «geleiteten Lehrmittelfreiheit» stärken.

<https://www.baselland.ch/politik-und-behorden/direktionen/bildungs-kultur-und-sportdirektion/bildung/gremien/bildungsrat>

Der Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland LVB, 29. Oktober 2018

Zur Positionierung des LVB in der Fremdsprachen- und Lehrmitteldebatte

Geschätzte Mitglieder Anlässlich der **heutigen Medienmitteilung des Bildungsrats** zur Umsetzung der Initiative «Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt» orientieren wir Sie mit diesem Newsletter über die **Positionierung des LVB** in der Fremdsprachen- und Lehrmittel-Debatte.

Ausgangslage

Am 18. Februar 2018 votierte eine **Landratsmehrheit** für den **Ausstieg** aus dem **Fremdsprachenprojekt «Passepartout»**. Die **BKSD** ist aufgefordert, eine entsprechende **Gesetzesvorlage** auszuarbeiten. Mehrere Gremien unter Einbezug des LVB («**Taskforce Fremdsprachen**» sowie vier **Arbeitsgruppen** der Primar- und Sekundarstufen) arbeiten derzeit an möglichen Lösungen.

In der aktuell auch medial und emotional aufgeheizten Situation ist es uns ein Anliegen, unsere Mitglieder darüber zu informieren, wie sich der **LVB** in besagter Angelegenheit **positioniert** hat. Gegenüber Direktionsvorsteherin **Monica Gschwind**, AVS-Dienststellenleiter **Beat Lüthy**, AKK-Präsident **Ernst Schürch** sowie PLK-Co-Präsident **Lukas Flüeler** haben wir die in diesem Newsletter dargelegte Haltung bereits **Anfang September direkt kommuniziert** und auch in der «Taskforce Fremdsprachen» haben wir uns entsprechend geäußert.

Die Position des LVB beruht auf vier Eckpfeilern:

- **kein Lehrmittelzwang**
- **keine Lehrmittelverbote**
- **ausgeweitete echte Lehrmittelfreiheit für die einzelne Lehrperson**
- **Lehrplan inhaltlich verbindlich konkretisieren**

Daraus ergeben sich die folgenden **Forderungen des LVB**: [Weiterlesen](#)

https://www.lvb.ch/de/Aktuell/News/2018/2018-10-29_Positionierung-LVB-Fremdsprachen-Lehrmitteldebatte.php?id=137

Starke Schule beider Basel, 29.10.2018

Starke Schule befürwortet "echte" Lehrmittelfreiheit

Die Bildungsdirektion plant eine gewisse Lehrmittelfreiheit. Lehrpersonen sollen neu aus einer Liste von empfohlenen Lehrmitteln ein Lehrmittel auswählen können. Die Starke Schule begrüsst diese Variante, sofern Lehrmittel, die aufbauend strukturiert sind und dem pädagogischen Grundprinzip „von einfach zu schwierig“ folgen, in die Lehrmittelliste aufgenommen werden.

Die Starke Schule nimmt die heutige Medienmitteilung des Bildungsrates positiv zur Kenntnis, insbesondere sein „ausdrückliches Anliegen, jeder Lehrperson in möglichst allen Fächern und Schulstufen ein methodisch und didaktisch vielfältiges Angebot an Lehrmitteln zur Auswahl zu stellen“. Damit weicht der Bildungsrat von seiner bisherigen Position ab: Neu können die Lehrpersonen damit andere, von der Passepartout-Ideologie abweichende Lehrmittel in ihrem Unterricht als Leitlehrmittel einsetzen und damit die Passepartout-Lehrmittel ersetzen. Bisher waren alle anderen Lehrmittel als die Passepartout-Lehrmittel verboten. Lesen Sie hier die Medienmitteilung der Starke Schule.

Lesen Sie [hier](#) die Medienmitteilung der Starke Schule.

http://starke-schule-beider-basel.ch/archiv/newsarchiv/18-10-29/Starke_Schule_bef%c3%bcworet_echte_Lehrmittelfreiheit.aspx

Zwei neue Bildungsinitiativen

Leider müssen wir zwei neue Bildungsinitiativen lancieren, auch wenn uns das alles andere als Spass macht: „*Mille feuilles, Clin d'oeil und New World durch gute Schulbücher ersetzen*“ und „*Die gigantische Anzahl von 3'500 Kompetenzbeschreibungen in den Lehrplänen auf ein vernünftiges Mass reduzieren*“.

<http://starke-schule-beider-basel.ch/NeueInitiativen.aspx>

NZZ, 29.12.2018

In Nidwalden ist der «schbas» vorbei

Die Lerntechnik «Schreiben nach Gehör» in der Primarschule ist umstritten – nun kapituliert ein erster Kanton vor genervten Eltern

In Deutschschweizer Kantonen dürfen Erst- und Zweitklässler schreiben, wie sie es aufgrund des Klangs für richtig halten. In Nidwalden müssen sie nun ab der 2. Klasse korrekt schreiben.

Simon Hehli

Eltern, Lehrmeister, Professorinnen: Sie alle beklagen sich, dass die junge Generation nicht mehr richtig schreiben könne. Bei der Suche nach Ursachen für das Malaise fällt der Verdacht jeweils schnell auf das «Schreiben nach Gehör». Diese Lerntechnik beruht auf dem Prinzip, dass die Kinder in den ersten Schuljahren Wörter so schreiben dürfen, wie sie es aufgrund des Klangs der Silben für richtig halten. Lehrerinnen und Lehrer greifen nicht zum Rotstift und tolerieren es unkommentiert, wenn da «fil» statt «viel», «schbas» statt «Spass» oder «anxt» statt «Angst» steht. Und auch die Eltern werden angehalten, ihre Kleinen nicht auf die Fehler hinzuweisen. Das schürt Missmut. Ein Basler Vater sagt aus eigener Erfahrung: «Die Schulen vermitteln den Kindern zu wenig, wie wichtig eine korrekte Sprache ist. Das hat unübersehbare Konsequenzen auf die Rechtschreibfähigkeiten – auch lange nach der Primarschule noch.»

Ein erster Bildungsdirektor hat im Oktober nun auf die vielfältigen Klagen reagiert: Der Kanton Nidwalden verbannt das lautgetreue Schreiben ab der 2. Klasse aus den Schulzimmern. Dies, obwohl der für alle Deutschschweizer Kantone geltende Lehrplan 21 eigentlich vorsieht, dass die Lehrer erst ab der 3. Klasse in der Schriftsprache auf Korrektheit pochen. Bildungsdirektor Res Schmid sagt, es brauche einen grossen Aufwand, wenn die Schülerinnen und Schüler zwei Jahre lang orthografisch falsch schreiben dürften und dann ab der 3. Klasse die Fehler, die sich versteigt hätten, korrigiert werden müssten. «Es ist der Rechtschreibung nicht dienlich, wenn man zu spät damit beginnt.»

Andere Kantone dürften folgen

Der SVP-Politiker betont, er habe nur positive Rückmeldungen bekommen, auch aus Anrainerkantonen. «Eltern und Unternehmer von dort haben mir gesagt, es wäre schön, wenn eine solche Korrektur der bisherigen Praxis bei ihnen ebenfalls erfolgen würde.» Auch seine Kollegen in der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) würden aufmerksam beobachten, was sich in Nidwalden tue, sagt Schmid. «Ich gehe davon aus, dass uns andere Kantone folgen werden.» Auf Anfrage teilte eine Sprecherin mit, die EDK verfüge über keine Informationen, in welchen Kantonen derzeit welche Regeln angewandt würden.

Entwickelt hat die umstrittene Methode, auch «Lesen durch Schreiben» genannt, vor gut dreissig Jahren der gebürtige Basler Jürgen Reichen. Der Reformpädagoge, der in Hamburg Lehrer unterrichtete, übte damit vor allem auf die deutsche Bildungslandschaft grossen Einfluss aus. Eine in diesem Herbst veröffentlichte Studie von Wissenschaftern der Universität Bonn stellt Reichens Vermächtnis aber ein schlechtes Zeugnis aus. Die Forscher kamen zum Schluss, dass Schüler Ende der 3. Klasse deutlich besser in Rechtschreibung waren, wenn sie nach der klassischen Fibelmethode unterrichtet worden waren. Bei dieser bekommen die Kinder ein Bild eines Vogels, neben dem das Wort «Vogel» steht. So prägen sie sich von Beginn weg die richtige Schreibweise ein. Laut den Forschern profitieren insbesondere fremdsprachige und bildungsferne Kinder von einem strukturierten Lernprinzip.

Verbote in Deutschland

In Hamburg und Baden-Württemberg ist es deshalb mittlerweile untersagt, nach Reichens Methode zu unterrichten. Res Schmid wollte in Nidwalden nicht ganz so weit gehen. Seine Experten hätten ihm gesagt, dass diese Methode in den ersten Schulmonaten durchaus Sinn ergebe, erklärt

er. Dafür hat Schmid die Eltern von einschränkenden Vorgaben befreit. «Ich hatte viele Rückmeldungen von Müttern und Vätern, die verzweifelt waren, weil ihnen die Lehrer quasi verboten haben, bei ihren Kindern Rechtschreibfehler zu korrigieren.» Die Nidwaldner Eltern dürfen deshalb ab sofort ihre Kleinen auf falsche Schreibweisen aufmerksam machen, bereits in der 1. Klasse.

Jürgen Oelkers, emeritierter Professor für Erziehungswissenschaften an der Universität Zürich und Kritiker der Reformpädagogik, findet die Nidwaldner Lösung einen «vernünftigen Kompromiss und Schritt in die richtige Richtung», zumal die Lehrer Zeit brauchten für die Umstellung. Aber Oelkers hält daran fest, dass die Rechtschreibregeln sinnvollerweise schon ab Beginn der Primarschule gelten müssten. «Die Zukunft gehört wieder dem Fibelunterricht.» Um korrektes Schreiben zu lernen und darin Sicherheit zu gewinnen, helfe nur sinnvolles Üben und vernünftiges Feedback seitens der Lehrpersonen – und das über Jahre hinweg. Da gebe es keinen Unterschied zum Mathematikunterricht. «Dort akzeptiert ein Lehrer ja auch nicht eine Zeit lang $2+2=5$ als korrektes Resultat, nur um plötzlich zu sagen: Halt, das ist falsch!»

Eine andere Position hat die Sprachwissenschaftlerin Afra Sturm, Co-Leiterin des Zentrums Lesen, Medien, Schrift an der Pädagogischen Hochschule FHNW in Windisch. Sie hält es für bedauerlich, dass Schweizer Politiker nun einen «Methodenstreit» aus Deutschland importieren würden. Sie sieht bis anhin kein Problem: Die hiesigen Lehrerinnen und Lehrer würden die unterschiedlichen Methoden der Rechtschreibförderung vernünftig anwenden. Sturm betont, das lautgetreue Schreiben sei ein Entwicklungsschritt, den ohnehin jedes Kind durchlaufe, das könne man weder verbieten noch beschleunigen.

«Diese Regeln sind zu strikt»

Wenn Kinder anfangen würden zu schreiben, wollten sie zuallererst etwas mitteilen – nicht fehlerlos sein, erklärt Sturm. Dass Eltern damit Mühe haben, kann sie nachvollziehen. Aber das zu frühe Beharren auf Regeln verwirre Kinder bloss und schüre die Angst vor Fehlern, was zu einem Verweigern des Schreibens führen könne. «Gerät diese Prämisse aus dem Blick, ist es fatal für die Motivation», sagt sie. Und vergleicht diesen Prozess mit dem Spracherwerb von Kleinkindern. «Da kommen die Erwachsenen ja auch nicht auf die Idee, die Kinder dauernd zu korrigieren.»

Laut Sturm sollen die Lehrer in der 1. Klasse darauf achten, ob die Kinder alle Laute verschriften oder nicht. Sie greifen also ein, wenn eine Schülerin «kank» statt «krank» schreibt, aber noch nicht, wenn sie «schport» statt «Sport» schreibt. Haben die Kinder verstanden, wie sie Laute mit Buchstaben abbilden, könnten die Lehrer die ersten Rechtschreibregeln einführen – etwa jene zur Buchstabenkombination «sp» am Anfang eines Wortes. «Die meisten Schüler sind bis zum Ende der 1. Klasse so weit – aber eben noch nicht alle», betont Sturm. Für Kinder, die Mühe mit dem genauen Hören oder eine Lernschwäche hätten, sei es ungünstig, wenn sie zu diesem Zeitpunkt bereits mit den für sie nicht nachvollziehbaren Regeln konfrontiert würden. Aus diesem Grund hält sie die neuen Nidwaldner Regeln für zu strikt.

Sturm widerspricht den Erkenntnissen aus Deutschland nicht, dass «Schreiben nach Gehör» gerade für Schüler mit Deutsch als Zweitsprache oder aus bildungsfernen Familien ein Problem darstellen kann. «Aber das ist vor allem dann der Fall, wenn die Lehrer die Kinder im Rechtschreiberwerb nicht genügend unterstützen.»

<https://epaper.nzz.ch/#article/6/Neue%20Z%C3%BCrcher%20Zeitung/2018-10-29/9/236432125>

Tagblatt, 30.10.2018

Schreiben nach Gehör: Rechtschreibestreit erreicht Bern

Rechtschreibefehler werden toleriert: Viele Schüler lernen so schreiben, wie sie hören. Doch jetzt kippt Nidwalden als erster Kanton diese Methode ab der zweiten Primarklasse. Auch Bundesparlamentarier reagieren.

Kari Kälin

Rotscher Federer ist ein guter Tennisspieler: Wenn Lehrer ihre Schüler mit der Methode «Schreiben nach Gehör» unterrichten, dann zücken sie bei solch einem Satz nicht den Rotstift. Fehler machen ist erlaubt, man will den Kleinen die Freude am Schreiben nicht durch lästige Korrekturen vermiesen.

Die Lerntechnik «Schreiben nach Gehör», auch «Lesen durch Schreiben» oder «lautgetreues Schreiben» genannt, hat Jürgen Reichen erfunden. Der in der Schweiz geborene Reformpädagoge bildete Lehrer in Hamburg aus. Wie verbreitet die Methode in den Deutschschweizer Schulstuben ist, ist unklar. Die Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren verfügt über keine entsprechenden Angaben. Laut einem Bericht der Nidwaldner Bildungsdirektion setzten im vergangenen Schuljahr neun Kantone Lehrmittel ein, welche die Methode «Lesen durch Schreiben» explizit im Titel führen.

Nidwalden ist auch der erste Kanton, der das «lautgetreue Schreiben» ab der zweiten Primarklasse explizit vom Unterricht ausschliesst. Dies hat Bildungsdirektor Res Schmid in einer kürzlich erlassenen Weisung zuhanden der Lehrer festgehalten. Spätestens ab der 2. Primarklasse müssen diese künftig Rechtschreibefehler korrigieren. In der 1. Klasse ist das lautgetreue Schreiben zwar noch erlaubt. Je nach Entwicklungsstand der Schüler sind die Lehrer aber dazu angehalten, schon nach wenigen Wochen Orthografierregeln zu vermitteln. Verbindlich umzusetzen ist die Weisung ab dem nächsten Schuljahr – obwohl gemäss dem Lehrplan 21 die Lehrer erst ab dem 3. Schuljahr eine korrekte Schreibweise durchsetzen sollen.

Klagen von Eltern und Lehrbetrieben

Schmid reagiert auf Klagen von Eltern und Lehrbetrieben, die sich über die mangelnde Rechtschreibkompetenz ihrer Kinder und Lehrlinge beschwerten. Schmid geht davon aus, dass andere Kantone den Nidwaldner Weg beschreiten werden, wie er der NZZ sagte. Genau dieses Ziel verfolgen auch eidgenössische Bildungspolitiker. Der Nidwaldner SVP-Nationalrat Peter Keller hat dafür gesorgt, dass sich die nationalrätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) an einer ihren nächsten Sitzungen mit dem Thema befasst. «Man verbietet es offenbar sogar Eltern, dass sie ihre Kinder zu Hause korrigieren», sagt Keller. Mit der «Schlechtschreibemethode» «Schreiben nach Gehör» würden sich die Kinder falsche Wortbilder einprägen, die sie dann später mühsam korrigieren müssten. «Die Kantone sollten diese Methode möglichst rasch aus dem Verkehr ziehen», sagt Keller. Sie sei schädlich und nicht haltbar. Mit der Diskussion in der WBK will Keller ein entsprechendes Signal aussenden. Unterstützung erhält er von seiner Thurgauer Parteikollegin Verena Herzog. Und auf Twitter signalisierte die Luzerner CVP-Nationalrätin Gmür Zustimmung zum Nidwaldner Vorgehen.

Eine aktuelle Studie der Universität Bonn bestätigt die Kritiker. Am Ende des 4. Schuljahrs machten die «Schreiben-nach-Gehör»-Kinder deutlich mehr Fehler als jene, die mit der gängigen Fibelmethode unterrichtet wurden. In anderen Studien kamen Forscher zu ähnlichen Schlüssen. Die Bundesländer Hamburg und Baden-Württemberg haben die von Reichen entwickelte Lerntechnik sogar ganz untersagt, auch andere Bundesländer denken darüber nach.

Ein allfälliges Verbot, findet Keller, sollten in der Schweiz die Kantone verhängen. Lautgetreues Schreiben, diese Methode sei offensichtlicher Unsinn. «In keinem Sport würde man Buben und Mädchen falsche Bewegungsabläufe einstudieren lassen», sagt er. Vielleicht wäre Roger Federer in der Tat nicht so ein guter Tennisspieler, wenn ihn als Knirps nie ein Trainer korrigiert hätte.

<https://www.tagblatt.ch/schweiz/rechtschreibestreit-erreicht-bern-ld.1065917>

Tagblatt, 30.10.2018

Rechtschreibestreit: Frühe Fehler, späte Einsicht

Eine Kontroverse um eine Lerntechnik wird jetzt ein Fall für eidgenössische Bildungspolitiker.

Yannick Nock.

Mit Nidwalden verbannt der erste Kanton das «Schreiben nach Gehör» ab der 2. Klasse aus den Schulzimmern. Vieles spricht dafür, dass weitere folgen. Die Einsicht kommt spät, aber sie ist richtig. In doppelter Hinsicht.

Erstens führt «Schreiben nach Gehör» zu Problemen. Die Methode lässt Schulkinder Wörter so schreiben, wie sie es aufgrund des Klanges für richtig halten. So wird aus «falsch», «valsch», aus «und» «ont» oder aus «Eule» «oile». Korrekturen sind nicht vorgesehen. Das nimmt Kindern zwar die Angst (oder «Anxt», wie sie selber schreiben) vor Fehlern. Doch wer die Methode lange praktiziert, bringt die falsche Schreibweise oft nicht mehr aus dem Kopf. Mit Langzeitfolgen, die manchmal bis ins Studium reichen.

Zweitens berücksichtigt der Zeitpunkt des Verbots die Vorteile der Methode. In der 1. Klasse kann gemäss Lehrern ein Mix die Kreativität beflügeln. Spätestens ab der 2. Klasse sind Korrekturen aber nötig. Nicht nur wegen der Langzeitfolgen. Manchen Schülern hilft die richtige Schreibweise dabei, ihre Lese- und Schreibkünste zu verbessern. Das belegen internationale Studien. Nur wer Fehler macht, macht auch Fortschritte.

Wohin Schule ohne Orthografie führen kann, sieht man derzeit in Deutschland: «Eigentlich müssten sich die Verfechter dieser unseligen Methode bei einer ganzen Schülergeneration entschuldigen», klagte zuletzt eine Lehrervertreterin. Mit dem Entscheid aus Nidwalden ist ein erster Schritt gemacht, damit der Schweizer Schülergeneration dieses Schicksal erspart bleibt.

<https://www.tagblatt.ch/meinung/kommentare/fruhe-fehler-spate-einsicht-ld.1065915>

NZZ, 30.10.2018

Kinder haben ein Recht auf korrekte Schulung

Endlich wächst auch bei Trägern der politischen Verantwortung der Widerstand gegen die Lernmethode «Schreiben nach Gehör». Solche reformpädagogischen Ideen gehören in die Mottenkiste. Der Lehrplan 21 muss überarbeitet werden.

Michael Schoenenberger



Kuschelschule zwecks Steigerung der Freude hat noch keinen weitergebracht. (Bild: Christian Beutler / Keystone)

Im Klavierunterricht hat man es früher oder später mit dem C-Dur-Präludium von Bach zu tun. Wer fingertechnisch vorankommen will, übt irgendwann die Fuge dazu und dann die schwereren Stücke des «Wohltemperierten Klaviers». Mühsam, anstrengend, enervierend kann dies sein. Auch der Kunstturner, der waghalsig durch die Lüfte fliegen will, weiss haargenau: Wer es zu etwas bringen will, muss üben. Und er muss richtig und lang üben.

Nur für einen Teil unserer Primarschüler soll das nicht gelten. Sie lernen in der ersten und zweiten Klasse manchenorts nicht, wie man richtig schreibt. Sie schreiben nur noch auf, was sie hören. Fehler werden nicht korrigiert. Kompatibel mit dem Lehrplan 21 ist das. «Schreiben nach Gehör» lautet die dazugehörige Lernmethode. Die Idee dahinter: Den Kindern soll in frühen Jahren nur ja nicht die Freude am Schreiben und Lesen verdorben werden. Spielerisch sollen sie sich nähern. Es soll um das Textverständnis gehen, nicht um die Rechtschreibung.

Völlig zu Recht wächst nun auch in den politischen Behörden der Widerstand gegen diese widersinnige Lernmethode, wie sie noch immer in den Pädagogischen Hochschulen herumgeboten wird. Dass nicht alles das Gelbe vom Ei ist, was sich Reformpädagogen vor bald 50 Jahren ausgedacht haben, sollte in der Zwischenzeit durchgesickert sein, selbst bis zu den Pädagogen.

Hier geht es nicht um ideologische Fragen, nicht um rechts oder links. Es geht um die Frage, wie es um das Recht der Kinder auf Bildung bestellt ist. Kinder sind keine Experimentiermasse. Sie haben ein Recht darauf, von Beginn weg korrekt unterrichtet zu werden. Zumal es keine Belege dafür gibt, dass die umstrittene Lernmethode tatsächlich zu grösserer Freude am Texten und Lesen führen würde.

Namhafte Experten weisen darauf hin, welche Bedeutung das Üben und die Fehlerkorrektur für das richtige Schreiben haben. Und sie betonen, wie aufwendig es ist, Fehler, die sich verstetigt haben, hinterher wieder zu korrigieren. Der Erfolg ist zweifelhaft, und ob solche Renovationsarbeiten immer noch die Freude am Schreiben steigern, ist fraglich.

Wo viele Einwanderer leben, hat die Schule ganz andere Probleme. Dort stehen Lehrer vor Primarschülern, die kaum oder nicht der deutschen Sprache mächtig sind. Wenn die Schule fehlerhafte Schreibweisen bei Migrantenkindern nicht mehr korrigiert, ist das eine bildungspolitische Ungerechtigkeit. Ihre Chancen werden mit solchen Lernmethoden verkleinert.

Niemand käme auf die Idee, falsche Resultate beim Rechnen nicht zu korrigieren. Und dies damit zu begründen, so würde man den Kindern die Freude an Zahlen nicht verderben. Würde ein Reformpädagoge so etwas propagieren, der Aufschrei wäre gross. Bei der Sprache aber wird mit anderen Ellen gemessen. Warum?

Die Lernmethode «Schreiben nach Gehör» wird damit begründet, in Zeiten der Fake-News sei Textverständnis wichtiger als Orthographie. Dieser traurigen Argumentation sei entgegengehalten: Orthographie und Grammatik haben zentral mit Textverständnis zu tun. Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Wer gegen Fake-News und die Instrumentalisierung von Geschichte wirklich etwas tun will, der soll sich für mehr Geschichtsunterricht an den Schulen einsetzen. Leider bieten Schweizer Schulen auf diesem Feld nur noch ein Minimalprogramm an. Das ist der Kardinalfehler, wenn es um Fake-News geht.

Kuschelschule zwecks Steigerung der Freude hat noch keinen weitergebracht. Bei Bach wie bei der Rechtschreibung gilt: Übung macht den Meister.

<https://www.nzz.ch/meinung/kinder-haben-ein-recht-auf-korrekte-schulung-ld.1432484>

Tages-Anzeiger, 30.10.2018

Eine Insel für Verhaltensauffällige

Raphaela Birrer

Schule • Der Zürcher Lehrerverband fordert in einem neuen Positionspapier, Schulinseln für verhaltensauffällige Kinder flächendeckend einzuführen. In anderen Kantonen sehen sich die Behörden mit ähnlichen Forderungen konfrontiert.

Wer die Insel sucht, muss der Palme und der Sonne folgen. Doch abgesehen von der Bastelarbeit an der Eingangstür hat die Schulinsel im Stadtzürcher Schulhaus Luchswiesen nichts mit Ferien gemein. Hierhin, in die ehemalige Hauswartswohnung, kommen Schüler, die eine Pause vom Unterricht brauchen. Die das Geschehen im Klassenzimmer stark stören. Oder die Konflikte mit anderen Kindern haben.



In der Schulinsel finden die Schüler eine beruhigende Umgebung, ein offenes Ohr. Foto: Sabine Bötzel

Am frühen Montagmorgen ist es noch ruhig in der Schulinsel. Eine Zweitklässlerin klingelt an der Tür. Ihre Klassenlehrerin hat sie geschickt. Sie hat Kopfschmerzen und legt sich auf das Sofa in der Ecke des Arbeitszimmers. Nach der Pause wird dann eine Viertklässlerin während zweier Lektionen am aktuellen Schulstoff arbeiten. Sie besucht die Insel seit ein paar Wochen regelmässig, weil ihr Verhalten eine Vollzeiteilnahme am Unterricht erschwert. Für den Nachmittag sind acht Oberstufenschüler im Insel-Plan eingetragen. Sie werden im Gruppenraum für die Gymi-Prüfung büffeln.

Eine Folge der Integration

Neben diesen fixen Terminen kann es jederzeit spontan klingeln an der Tür, denn die Schulinsel ist ein kurzfristiges, flexibles Angebot für das ganze Schulhaus. Schüler, die aus unterschiedlichen Gründen zu viel Aufmerksamkeit von der Klassenlehrperson beanspruchen, finden hier eine beruhigende Umgebung, ein offenes Ohr, eine enge Betreuung. Ausser an zwei Nachmittagen ist in der Schulinsel stets eine ausgebildete Lehrerin präsent. Bis zu zehn Kinder kann sie gleichzeitig betreuen. Die Kosten sind tiefer als jene einer Vollzeitstelle, weil die Vor- und Nachbereitungszeit wegfällt.

Entstanden ist das Angebot im Zuge der integrativen Schulung, wie Luchswiesen-Schulleiter Christoph Jäggli sagt. Dieser Systemwechsel fordert die Schulen schweizweit heraus: Seit zehn Jahren sind sie gesetzlich verpflichtet, einstige Kleinklassen- und Sonderschüler in die Regelklassen zu integrieren. «Insbesondere verhaltensauffällige Kinder, die sich nicht lange auf den Unterricht einlassen können, erschweren seither die Arbeit im Klassenzimmer», sagt Jäggli. Er hat deshalb vor vier Jahren die Schulinsel eingeführt – als Chance für die betroffenen Schüler, aber auch als Entlastung für die Lehrer und die restliche Klasse. Schweizweit haben erst vereinzelte Schulhäuser ein vergleichbares Angebot etabliert, bekannte Beispiele gibt es etwa in Sarnen OW, Menzingen ZG oder Chur GR.

Geht es nach dem Zürcher Lehrerverband (ZLV), soll es bald an jeder Zürcher Schule eine solche Insel geben. In einem neuen Positionspapier fordert er, dass «alle Schulen über ein niederschwelliges Angebot für Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten verfügen müssen». Für dessen Betrieb müsse der Kanton an jeder Schule zusätzliche Vollzeiteinheiten zur Verfügung stellen. «Der Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern kann in der integrierten Schule ganze Klassen

und Lehrpersonen an die Grenze bringen», sagt ZLV-Präsident Christian Hugi. Häufig reichten kurzzeitige Interventionen dazu, die Situation zu deeskalieren. Dafür sei die Schulinsel «bestens geeignet», so Hugi.

Der Lehrerdachverband LCH erhebt die ZLV-Forderung deshalb auch für die ganze Schweiz. «Die Erfahrung zeigt, dass Schulinseln als eines der niederschweligen Angebote für Verhaltensauffällige die Lehrpersonen entlasten», sagt Beat A. Schwendimann, Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle. Wichtig sei, dass der Insel-Besuch eine temporäre Massnahme bleibe.

«Burn-outs reduzieren»

Das ist auch im Sinne der Lehrerverbände anderer Kantone: In Basel-Stadt etwa hat die freiwillige Schulsynode einen Forderungskatalog zur integrativen Schule zuhanden der Regierung verabschiedet. Darin fordert der Berufsverband «eine institutionalisierte und niederschwellige Time-out-Lösung an jedem Schulstandort», wenn integrativer Unterricht wegen Verhaltensauffälligkeiten nicht mehr leistbar sei. «Die Basler Schulen kämpfen mit ungelösten Problemen der Integration. Mit solchen Angeboten könnten die Burn-outs in der Lehrerschaft reduziert werden», sagt Präsident Jean-Michel Héritier.

Auch im Kanton Bern gestaltet sich die Integration Verhaltensauffälliger schwierig, wie Franziska Schwab vom Lehrerverband Bildung Bern sagt. «Häufig fehlen die Ressourcen dafür, sie adäquat zu betreuen.» Schulinseln seien in Bern noch nicht verbreitet, aber sie eigneten sich dafür, Konflikte rasch zu entschärfen. Statt einer flächendeckenden Einführung plädiert Schwab für eine Neuverteilung der Ressourcen: Heute erhalten einzelne Schüler Förderlektionen mit Heilpädagogen zugesprochen – sinnvoller sei es, diese Unterstützung im Schulhaus zu bündeln und je nach Bedarf auf die Klassen zu verteilen.

Die kantonalen Behörden reagieren verhalten auf die Offensive. «Dass Schulinseln deeskalierend wirken können, ist unbestritten», sagt Marion Völger. Für die Leiterin des Zürcher Volksschulamtes sprechen jedoch mehrere Gründe gegen eine flächendeckende Einführung: Das Konzept sei zu unscharf definiert, die Gemeinden und deren Bedürfnisse seien zu heterogen, und die gesetzliche Grundlage für eine kantonale Finanzierung des Angebots fehle.

Dieter Baur, Leiter Volksschulen des Kantons Basel-Stadt, bestätigt, dass die Integration vielerorts eine anhaltend grosse Herausforderung ist – und es auch bleiben dürfte. Die Behörden seien bereit, die Time-out-Forderung mit dem kantonalen Lehrerverband und weiteren Fachstellen vertieft zu prüfen. «Wir befürworten jedoch keine flächendeckenden, sondern schulbezogene Angebote. Nicht jeder Standort hat die gleichen Bedürfnisse.» Ähnlich klingt es in Bern. «Eine flächendeckende Lösung wäre für unseren heterogenen Kanton kein zielführender Weg», sagt Erwin Sommer, Leiter des kantonalen Volksschulamts.

Auf Skepsis stösst die Forderung auch bei Experten für den Umgang mit Verhaltensauffälligen. «Es besteht die Gefahr, dass jede Störung an die Schulinsel delegiert und aus dem Unterricht verdrängt wird. Diese Separation schwächt die Beziehung zur Klassenlehrperson und die schulische Integration langfristig», sagt Thomas Lustig, Dozent an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik. Statt reaktiver Massnahmen sei es nachhaltiger, mithilfe der präventiven Arbeit der Heilpädagogen im Schulzimmer Störungen abzufedern. Dafür bräuchte es allerdings zusätzliche Ressourcen, so Lustig.

«Die Schulinsel ist nur eine kurzfristige Massnahme. Ziel ist es, das Kind so rasch wie möglich wieder in die Klasse zu integrieren, in der Regel im Verlauf eines Halbtages oder schneller», sagt Barbara Schwarz, Vorsitzende der Pädagogischen Kommission des ZLV. Luchswiesen-Schulleiter Jäggli bestätigt das: «Die Schulinsel trägt letztlich zu einer besseren Integration bei, weil Konflikte früh entschärft werden.»

<https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/eine-insel-fuer-verhaltensauffaellige/story/19916484>

Tages-Anzeiger 31.12.2018

Den wahren Preis akzeptieren

Schulinseln lösen die Probleme der integrativen Schule nur kurzfristig.

Raphaela Birrer

Unruhe im Klassenzimmer: Seit einstige Kleinklassen- und Sonderschüler integrativ in der Regelklasse geschult werden, ist der Unterricht vielerorts zur täglichen Geduldssprobe geworden.

Die grössten Probleme bereiten den Lehrerinnen und Lehrern nicht körperlich oder geistig behinderte Kinder, die eng heilpädagogisch betreut werden, sondern Verhaltensauffällige, die häufig keinen Förderstatus haben und entsprechend keine spezifische Unterstützung erhalten. Kinder also, die den Unterricht lahmlegen, die Klasse ablenken und den Lehrer an die Belastungsgrenze bringen können.

Auffälliges Verhalten ist allerdings stets auch abhängig vom Umfeld. Es kann sich zum Beispiel verstärken, wenn sich ein Kind zu wenig beachtet oder überfordert fühlt. In der integrativen Schule fehlen vielen Lehrern die Ressourcen, um dem Bedürfnis nach erhöhter Aufmerksamkeit jederzeit nachzukommen.

Eine Lösung sieht die Lehrerschaft in sogenannten Schulinseln. Das Konzept sieht eigene Räumlichkeiten für kurzzeitige Time-outs vor – einen pädagogisch betreuten Ort, an dem die betroffenen Kinder zur Ruhe kommen und am Schulstoff arbeiten können.

Der Zürcher Lehrerverband fordert, dass künftig jeder Schule eine solche Insel zur Verfügung stehen soll. Berufsverbände anderer Kantone unterstützen das Anliegen. Die Schulinsel soll sozusagen als flankierende Massnahme der integrativen Förderung etabliert werden. Schweizweit arbeiten bereits einzelne Schulhäuser mit solch niederschweligen Angeboten. Ihre Erfahrungen lassen den Schluss zu, dass es mithilfe der Schulinsel gelingt, akut belastende Situationen zu deeskalieren.

Das kann – entgegen den Befürchtungen der Kritiker – langfristig sogar zu einer besseren Integration der betroffenen Schüler beitragen, weil alle Beteiligten nach der kurzen Auszeit wieder mehr Kraft haben. Und im Idealfall hilft die Insel sogar, Kosten zu sparen – dann etwa, wenn Lehrer auszubrennen drohen oder Schüler vor einem teuren externen Timeout stehen.

Doch die Schulinsel bekämpft letztlich nur die Symptome eines viel grösseren Missstands: Die Regelschulen sind auch zehn Jahre nach der Einführung der integrativen Förderung vielerorts überfordert mit dieser anspruchsvollen Aufgabe.

Die häufig nur punktuelle heilpädagogische Unterstützung im Klassenzimmer reicht bei weitem nicht aus, um jedes Kind seinen Bedürfnissen entsprechend zu betreuen. Sollen schwierige Situationen bereits in der Klasse und nicht erst in der Insel gelöst werden, muss dort investiert werden. Es braucht mehr Heilpädagogen.

Solange die Politik jedoch den wahren Preis der Integration nicht akzeptieren will – so lange werden die Schulen auf Konzepte wie Schulinseln setzen müssen, um handlungsfähig zu bleiben.

<https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/den-wahren-preis-akzeptieren/story/31107921>

Mehr dazu:

ZLV-Magazin 4/18

https://www.zlv.ch/dms/zlv-magazin/2018/ZLV-Magazin_4_2018_150dpi/ZLV-Magazin%204-18.pdf

az, 31.10.2018

Menschen statt Computer – die verblüffende Trendwende an Schulen im Silicon Valley

von Patrik Müller

In der Schweiz werden Schulen mit Tablets ausgerüstet und Programmierunterricht ab der 1. Klasse gefordert. In den USA schwingt das Pendel neuerdings in die andere Richtung: Gut situierte Familien schicken ihre Kinder in bildschirm-freie Schulen.

In der Bildungspolitik zeichnet sich gerade eine ziemlich spektakuläre Wende ab. Erste Vorboten sieht man, wo könnte es anders sein, in den USA, genauer im Silicon Valley. Und wie so viele Trends, die von dort kommen, dürfte auch dieser mit der üblichen Verzögerung Europa und die Schweiz erreichen. Oft klingt diese Aussicht wie eine Drohung – diesmal aber eher wie eine Verheissung.

In mehreren Schulen des Silicon Valley werden Computer und Tablets aus dem Unterricht verbannt. «Screen-free schools», bildschirmfreie Schulen, heisst das Schlagwort. Wer hats erfunden? Die Tech-Pioniere, also jene Unternehmer, die ihre Millionen und Milliarden mit ebendiesen Bildschirmen verdient haben. Ironischerweise wollen ausgerechnet sie, dass ihre Kinder sich mit Menschen statt mit Geräten abgeben, dass sie in den Pausen auf Spielplätzen herumtollen, statt am Handy zu hängen.

Die «New York Times» wittert einen neuen digitalen Graben: Lange Zeit sei es das Privileg von Kindern aus reichem Haus gewesen, an Bildschirmen ausgebildet zu werden. Ihre Schulhäuser verfügten über eine supermoderne Infrastruktur, und Hausaufgaben wurden online erledigt. Man machte sich Sorgen, dass Kinder in ärmeren Regionen, wo die Schulen nicht mit Computern ausgestattet sind, abgehängt werden. Jetzt gibt es gegenteilige Warnungen: Kinder der Unter- und Mittelschicht würden zunehmend von Bildschirmen erzogen, während der Nachwuchs gut situiert Familien vom «Luxus zwischenmenschlicher Beziehungen» profitieren würde. Die Zeitung hat festgestellt, dass teure Privatschulen den Computer im Unterricht zurückfahren, während die öffentlichen Schulen diesen immer öfter einsetzen. Die Entwicklung an den Schulen widerspiegelt jene zu Hause in den Familien. In den USA verbringen Teenager aus unteren Einkommensverhältnissen täglich 8 Stunden an einem Bildschirm (Handy, Tablet, Computer, Fernsehen), während es bei Gleichaltrigen aus besseren Verhältnissen «nur» fünfeinhalb Stunden sind.

In der Schweiz verläuft die Debatte anders. Vor dem gross angelegten Digitaltag vergangene Woche titelte der «Blick» auf der Frontseite im Imperativ: «Kinder an die Computer!» In dem Artikel forderten Politiker eine «Digital-Offensive an Schulen». Sie reagieren letztlich auf die Erwartungshaltung vieler Eltern: Schon ab der 1. Klasse sollten die Knirpse programmieren lernen. Entsprechend boomen private Programmierkurse. Und an Gemeindeversammlungen haben es Kredite für neue Spielplätze schwieriger als Kredite für neue Schulcomputer.

Internetpioniere verbieten den eigenen Kindern das Smartphone

Wie der Wind in elitären Zirkeln der USA gedreht hat, erlebte ich, als ich in der ersten Jahreshälfte an der Harvard-Universität forschte, an einem Institut, das auf die Interaktion zwischen Internet und Gesellschaft spezialisiert ist. Es fiel auf, dass viele der dort arbeitenden Wissenschaftler in ihrem Familienleben restriktiv sind im Umgang mit dem Smartphone. Ein Forscher erzählte, dass sein Sohn mit 12 Jahren noch kein Handy habe und er ihn nur am Wochenende mit dem elterlichen Smartphone spielen lasse. Er zitierte eine Studie, wonach die Schulleistungen von Kindern umso besser seien, je weniger Zeit sie an Bildschirmen verbringen. Doch dieser Wissenschaftler ist wohl situiert – wer sich keine Nanny leisten kann, der setzt die Kinder vor den iPad oder vor den Fernseher.

Den neusten Bildungs-Trend muss man in einem grösseren Zusammenhang sehen. Die TechPioniere von Apple, Google, Facebook & Co. predigen neuerdings nicht mehr den allumfassenden Zugang zur digitalen Technologie (den haben inzwischen fast alle), sondern die zeitliche Limitierung des Konsums. Darum entwickeln sie Funktionen wie «Bildschirmzeit» auf dem iPhone, mit denen sich der Nutzer selber beschränken soll. Die Sache ist durchsichtig: Es geht den Konzernen nicht um die Rettung der Menschheit, sondern ums eigene Image, also ums Geschäft. Glaubwürdiger ist da, wie sich die Gurus privat verhalten. Steve Jobs, der Schöpfer des iPhones und des iPads, liess keine Gelegenheit aus, um die Welt von den Segnungen seiner Geräte zu überzeugen; seine Kinder aber hielt er davon noch fern, als sie Teenager waren. Bill Gates, der Gründer von Microsoft, erlaubte seinen Kindern das Smartphone erst, als sie 14-jährig waren. Die Väter Jobs und Gates – sie müssen es wissen.

<https://www.aargauerzeitung.ch/kommentare-aaz/menschen-statt-computer-die-verblueffende-trend-wende-an-schulen-im-silicon-valley-133651714#comment-4171661761>

Mehr dazu:

Welt, 25.10.2018, Literatur, Star-Psychiater

Schüler werden besser, wenn man Smartphones verbietet

Manfred Spitzer hat ein Buch gegen die „Smartphone-Epidemie“ geschrieben. Er sagt, dass Bilderbücher besser sind als Bildschirme. Und erklärt, was wir von der Smartphone-Nation Südkorea lernen müssen.

<https://www.welt.de/kultur/literarischewelt/article182738164/Star-Psychiater-Schueler-werden-besser-wenn-man-Smartphones-verbietet.html>

Video vom Vortrag von Prof. Dr. Gertraud Teuchert-Noodt, 27.10.2018

Digitalisierung und Kindergehirn, Erkenntnisse der Neurobiologie



Der beeindruckende Vortrag, bei dem die Neurobiologin Prof. Gertraud Teuchert-Noodt Ihre Forschungsergebnisse zu den Wirkungen digitaler Medien auf den Stoffwechsel im Kinder - Gehirn darstellt, und die Diskussion dazu ist eingestellt auf:

<https://www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail&newsid=1316>

Dort finden Sie zum Download auch Artikel von Frau Teuchert-Noodt in dem Sammelband "iDisorder im Digi-Tal. Homo digitalis-Quo Vadis?".

Peter Hensinger M.A.

DER SPIEGEL, 3. 11. 2018

Dieser Mist verdirbt uns alle!

SPIEGEL-Gespräch Der Internetkritiker Jaron Lanier spricht vor den US-Zwischenwahlen über die digitale Bedrohung für die amerikanische Demokratie.

http://starkevolksschulesg.ch/wp-content/uploads/Lanier_Dieser_Mist_Der-Spiegel-2018-45_S_60.pdf

EDU Standpunkt 1.11.2018

Interview mit Allan Guggenbühl

Mehr Nonkonformität nützt uns allen

Der Psychologe Allan Guggenbühl macht sich stark für die Denk- und Meinungsfreiheit. Ein Plädoyer für eigenständiges Denken, weniger Vorschriften und eine Debattenkultur ohne Kompromisse – von Anfang an.

Lisa Leisi, Mitglied der Redaktion

In Ihrem Buch "Die Vergessene Klugheit" sprechen Sie von "Denkverboten". Was verstehen Sie darunter?

Theoretisch kann jeder Denken was er will. Wir tendieren jedoch dazu, uns an den Erwartungen, Codes unserer Umgebung und Bezugsgruppen auszurichten. Wir verbieten uns selber, gewisse Dinge auszusprechen, weil wir dazugehören wollen, dabei sein wollen.

Inwiefern hat dies Auswirkungen auf die Gesellschaft, Demokratie und Politik?

Die Demokratie lebt von Debatten, in denen auch unbequeme Gedanken geäussert werden und man sich zuhört. Demokratien funktionieren, wenn Meinungsfreiheit herrscht. Alle werden dem zustimmen. Das Problem ist jedoch, dass wir uns selbst einschränken, dem kollektiven Meinungskanon folgen, aus Angst ausgeschlossen zu werden.

Sehen Sie die Denk- und Meinungsfreiheit in der Schweiz gefährdet?

Es geht um die Pflege der Meinungsvielfalt. Die Schweiz ist ein kleines Land. Alle kennen alle. Man ist vorsichtig mit dem, was man sagt, hat Angst vor Skandalen und richtet sich darum freiwillig an dem aus, was man sagen darf. In der Schweiz gibt es weniger Kreise, die gegensätzliche Standpunkte zu grundlegenden Themen vertreten, wie in den U.S.A zum Beispiel.

Wo sehen Sie Ursachen für eigene Denkverbote?

Unsere Kultur lebt von der Bereitschaft, Mittelwege zu suchen und Kompromisse zu schliessen. Für die Problemerkennung müssten wir jedoch zuerst alle Optionen andenken. Es braucht kontroverse Debatten. In den USA ist es zum Beispiel üblich, die Arbeit des Präsidenten und der Parlamentarier radikal infrage zu stellen. Dies war schon vor Trump so.

Inwiefern haben die Bereiche Bildung und Wissen damit zu tun? Was läuft falsch?

Das Problem ist die Ideologisierung. Bildung hat die Aufgabe, in unsere Kultur einzuführen und den Schülern zu zeigen, wie das Leben ist. Heute dominiert jedoch die Vorstellung, wir müssten an der Persönlichkeit der Schüler herumlaborieren. Auffallend ist dies beim Thema Gender. Geschlechtsunterschiede dürfen nicht sein. Vor allem Knaben müssen darum ihre sogenannten problematischen Verhaltensweisen ablegen, ihr Bedürfnis nach Hierarchie, nach Wettbewerb, Gruppenorientierung und sie müssen lernen, Gefühle in persönlichen Worten auszudrücken und nicht über Themen, wie es viele Knaben machen. Wenn Bildung zu Ideologie wird, verliert sie ihren Wert, den sie haben müsste. Eigenartig ist die Kompetenzorientierung. Verlangt wird gemäss Lehrplan 21, dass über 2000 Kompetenzen bewertet und gefördert werden. Man reduziert die Kinder zu Anpassungs- und Leistungsobjekten.

Sie kritisieren die vielen Vorschriften und Standards. Diese sind ja nicht nur schlecht, oder?

Standards braucht es. Sie dienen der Orientierung bei der Arbeit. Das Problem ist, dass die Schule beginnt, Schüler nach Standards zu beurteilen, die letztlich kein Mensch je erfüllt. Damit wird den Lehrpersonen ein Machtmittel in die Hand gegeben, weil die Schüler nie allen Standards genügen können. Wesentlich in der Schule sind jedoch die Beziehungen, die sich aus den

Begegnungen zwischen den Lehrpersonen entwickeln. Daraus entwickelt sich auch Lernfreude und Neugier. Kein Schüler arbeitet, weil er ein Kompetenzziel erfüllen will.

Sehen Sie Möglichkeiten, Gegensteuer zu geben?

Das ist sehr schwierig. Auch, weil wir eine gerontologische (vergreisende) Gesellschaft werden. Deshalb habe ich das Buch "Die vergessene Klugheit" geschrieben. Alle reden davon, Gesetze abzubauen und machen mehr Gesetze. Gesellschaften funktionieren jedoch vor allem, wenn die Menschen sich mit ihr identifizieren und die Möglichkeit haben, eigenständig zu denken und zu handeln.

Wie kann eigenständiges Denken gefördert werden?

Es ist schwierig eigenes Denken direkt zu fördern. Was es braucht ist Zeit, Musse und Räume, in denen man sich ohne Aufgabe oder Rolle begegnet. Die freie, funktionslose Rede ist wichtig.

Wie könnte die Schule dazu beitragen?

In Schulen könnte man zum Beispiel Leute einladen, ohne pädagogischen Habitus. In Bern gab es einen Verein, der organisierte Treffen zwischen Schülern und Berufspersonen. Nach Schulschluss konnten die Schüler vernehmen, was ein Bäcker, Architekt, Schriftsteller beschäftigt. Das Projekt war ein riesiger Erfolg. Sie redeten ohne pädagogische Vorgaben. Die Bildungsdirektion beschloss, das Angebot zu institutionalisieren. Bestimmt wurde jedoch, dass Lehrpersonen von verschiedenen Berufen berichten sollen. Die pädagogischen Standards der Lektionen galt es zu respektieren. Natürlich kamen die Schüler nicht mehr.

Was erwarten Sie von der Politik?

Weniger Empörung, sondern zivilisierte, offene Debatten. Von der Bevölkerung auch eine grössere Wertschätzung und Akzeptanz von Menschen, die sich politisch engagieren. Wenn Politiker Phrasen dreschen, widersprüchlich sind und sich in Ausreden flüchten, dann machen sie genau das, zu dem wir alle neigen.

Besten Dank für dieses Gespräch!

Angaben zur Person:



Allan Guggenbühl

Alter: 66 Jahre

Wohnort: Zürich

Ausbildungen, Beruf:

Psychologe, Therapeut, Lehrer, Musiker, Autor mehrerer Bücher

Hobbys: Musik, Mountainbiken, lesen

Autor des Buches:

„Die vergessene Klugheit – Wie Normen uns am Denken hindern“

<https://www.edu-schweiz.ch/de/aktuelles/neuigkeiten/newsdetail/news/der-november-standpunkt.html>

Der Bund, 28.10.2018

Allan Guggenbühl: Kinderarbeit wäre die Lösung

Der prominente Experte für Jugendgewalt denunziert die Vollkasko-Mentalität und fordert in seinem neuen Buch «Für mein Kind nur das Beste» ein Umdenken.

<http://www.derbund.newsnet.ch/kultur/standard/Regale-fuellen-statt-Mathematik-buefeln/story/20787840>

Basler Zeitung 24.10.2018

Die Kinder werden zu überangepassten Wesen

Entwicklungsspezialist und Bestseller-Autor Remo Largo hält nicht viel vom heutigen Schulsystem.

<https://bazonline.ch/leben/gesellschaft/Die-Kinder-werden-zu-ueberangepassten-Wesen/story/11596183>

Tagesanzeiger 25.10.2018

Mamablog

Kaum im Kindergarten, schon in Therapie

<https://esfuk.wordpress.com/2018/10/29/kaum-im-kindergarten-schon-in-therapie/>

Schule Schweiz, 1. November 2018

Eifrige Stiftung

Die Gebert RUF Stiftung "fördert Innovation zum Nutzen der Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft". Dazu kann sie auf ein jährliches Budget von CHF 15 Mio. zurückgreifen. Mit Erfolg engagiert sie sich auch im schulischen Bereich. Kürzlich erschien ein höchst fragwürdiger PR-Artikel zum Thema des selbstorganisierten Lernens. [Zuerst in der Basellandschaftlichen Zeitung und in der Südostschweiz](#). Kürzlich erschien derselbe Artikel nun auch [noch im Blick](#). Es ist durchaus möglich, dass noch andere Zeitungen "bedient" wurden.

Produced by **higgs** Initiated by **WISSENSCHAFT. BEWEGEN**
GEBERT RUF STIFTUNG

[Weiterlesen »](#)